

Stand: 06.02.2020 10:08:32

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/4589

"Beschleunigung der Sanierung von PFC-Altlasten in Bayern"

---

Vorgangsverlauf:

1. Antrag 18/4589 vom 07.11.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/5756 des UV vom 28.11.2019
3. Ausschussprotokoll Nr. 20 des UV vom 28.11.2019



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis, Johannes Becher, Rosi Steinberger, Patrick Friedl, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Eva Lettenbauer, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Gisela Sengl, Dr. Markus Büchler, Paul Knoblach, Martin Stümpfig, Hans Urban, Christian Zwanziger, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Florian Siekmann, Ursula Sowa** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Beschleunigung der Sanierung von PFC-Altlasten in Bayern**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundesebene nachdrücklich dafür einzusetzen, dass der Bund seiner Verantwortung gerecht wird und bei per- und polyfluorierten Chemikalien (PFC)-Altlasten in Bayern schnellstmöglich eine weitere Kontamination des Grund- und Oberflächenwassers unterbindet und die Sanierung unverzüglich voran zu bringt,
- eine Task-Force PFC beim Landesamt für Umwelt einzurichten, die die betroffenen Ämter bei der Abwicklung der Sicherungs- und Sanierungsmaßnahmen der PFC-Altlasten berät und unterstützt,
- einen Sanierungsfahrplan anhand der Erfahrungen von bereits durchgeführten Sanierungen zu erstellen und Möglichkeiten einer sofortigen Unterbindung der weiteren Mobilisierung dieser hochtoxischen Stoffe in den Untergrund aufzuzeigen,
- eine Liste möglicher Zwischenlager für mit PFC-belasteten Böden zu erstellen und den betroffenen Ämtern zur Verfügung zu stellen,
- beim Landesamt für Umwelt und bei der Landesanstalt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit durch ausreichend Laborkapazitäten die Voraussetzungen für ein umfangreiches Monitoring der PFC-Belastung von Umwelt und Lebensmitteln bereit zu stellen und entsprechende Untersuchungen in die Wege zu leiten.

### **Begründung:**

Die Bevölkerung in der Nähe der Bundeswehrstandorte Erding, Manching, Neuburg a. d. Donau, Kaufbeuren, Lagerlechfeld und Roth mit PFC-Altlasten ist stark verunsichert. Ähnliches gilt für die Militärstandorte Grafenwöhr, Hohenfels und Katterbach oder die ehemaligen Militärflughäfen Fürstenfeldbruck, Penzing, Leipheim, Memmingerberg und Giebelstadt oder den Industriestandorten Gendorf, Münchsmünster und Vohburg.

Viele dieser PFCs (insbesondere PFOA und PFOS) sind sehr persistent, also biologisch nicht abbaubar und reichern sich im Organismus an. PFCs sind nicht nur für die Umwelt hochgefährlich, im Tierversuch konnten auch ihre krebserzeugenden und fortpflanzungsgefährdenden Wirkungen nachgewiesen werden. Während die wissenschaftlichen Erkenntnisse bei den Richt- und Leitwerten zu immer niedrigeren Werten raten, besteht der Eindruck, dass man sich bei der Sanierung der Altlasten viel Zeit lässt. Die

Schadstoffe sind im Erdreich sehr mobil. Eine nachträgliche Sanierung erfasst nur Teilbereiche des Schadens und ist zudem immens kostenintensiv. Deshalb muss bei Sanierungen von PFC-Schäden eine sehr schnelle Aushebung des Schadensherdes erfolgen. Insbesondere eine weitere Kontamination des Grundwassers sollte aber schnellstmöglich unterbunden werden. Um dies zu erreichen, sind deutlich höhere Aktivitäten nötig. Dies sollte von staatlichen Stellen massiv unterstützt werden.



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**  
Drs. 18/4589

**Beschleunigung der Sanierung von PFC-Altlasten in Bayern**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Christian Hierneis**  
Mitberichterstatter: **Dr. Martin Huber**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 20. Sitzung am 28. November 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - B90/GRÜ: Zustimmung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Enthaltung
  - SPD: Zustimmung
  - FDP: ZustimmungAblehnung empfohlen.

**Rosi Steinberger**  
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Abg. Christian Hierneis

Abg. Dr. Martin Huber

Abg. Florian von Brunn

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Beschleunigung der Sanierung von PFC-Altlasten in Bayern**

**(Drs. 18/4589)**

**- Federführung -**

Vorsitz: Rosi Steinberger (GRÜNE)  
Berichterstattung: Christian Hierneis (GRÜNE)  
Mitberichterstattung: Dr. Martin Huber (CSU)

**Abg. Christian Hierneis (GRÜNE)** erinnert an den bereits im Jahr 2006 von seiner Fraktion gestellten Dringlichkeitsantrag, die Eintragspfade für PFOS und PFOA in die Umwelt zu ermitteln, um diese zu minimieren. Allerdings bestünden die Probleme noch immer. Der Antrag der GRÜNEN sei als weitergehender anzusehen, als der am 23.07.2019 von der CSU und den FREIEN WÄHLERN gestellte Antrag. In diesem sei zu Recht eine umfassende Information über die Belastungssituation und den Einsatz der Staatsregierung auf Bundesebene für die Sanierung gefordert worden, wie es auch dem Anliegen der GRÜNEN entspreche. Aufgrund der Brisanz des Themas werde im vorgelegten Antrag noch deutlich mehr gefordert, weil mittlerweile auch die EFSA erkannt habe, dass das Problem größer als angenommen sei und die Mengen, die ein Mensch unbedenklich zu sich nehmen könne, deutlich abgesenkt werden müssen.

In seinen weiteren Ausführungen geht Abg. Christian Hierneis detailliert auf den Inhalt des Antrags seiner Fraktion ein, wonach dort, wo PFC bereits in der Umwelt, vor allem im Boden, vorhanden sei, über die Sanierung hinaus dafür gesorgt werden müsse, dass PFC nicht in das Grund- und Oberflächenwasser gelange. Zum Beispiel würden in der Alz trotz Verboten und Grenzwerten nach wie vor zum Verzehr nicht geeignete Fische mit durch PFOA verursachten massiven Geschwüren gefangen. Das Trinkwasser im Landkreis Altötting sei nach wie vor belastet, was berechtigte Ängste in der Bevölkerung auslöse.

Deshalb werde für ein unverzügliches Handeln eine Taskforce von Experten benötigt, die sich mit dem Thema befassen, bis es gelöst sei. Die Behörden müssten handlungsfähig sein, wofür Unterstützung erforderlich sei. Ein Abwarten auf Bundesebene könne

nicht erfolgen. Für einen eigenen Sanierungsplan müsse bekannt sein, wie viel PFC in der Umwelt vorhanden sei und wo es besonderer Eile bedürfe. Auch dafür werde die Taskforce benötigt.

Wie im Landkreis Altötting gebe es derzeit keine Möglichkeit, PFC-belastete Böden abzutragen und zu lagern. Eine Nutzung für belastete Böden käme zum Beispiel in Lärmschutzwällen infrage. Nachdem in den bestehenden Deponien PFC-haltige Böden und PFC-haltige Abfälle meist nicht untergebracht werden könnten, seien Zwischenlager erforderlich.

Bekannt sein müsse, wo PFC überall enthalten sei, auch in welchen Lebensmitteln. Im Landkreis Altötting werde vom Essen von Gemüse abgeraten, das mit PFOA-haltigem Wasser gewässert worden sei. Die Hinweise verdichteten sich, dass PFC in Lebensmitteln ab einer bestimmten Menge gesundheitsschädlich sei. Deshalb benötige das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit zusätzliche Kapazitäten, um die Untersuchungen durchzuführen.

An immer mehr Orten, auch in Bayern, würden PFC-Belastungen festgestellt. Nachdem über die Grenzwerte gestritten werde, herrsche der Eindruck vor, dass sich niemand mehr auskenne. Die Bundeswehr als einer der Hauptverursacher habe zwar ein Altlastenprogramm installiert, allerdings funktioniere eine Umsetzung möglicherweise nicht, wie an den belasteten Militärflughäfen ersichtlich sei. Die im Altlastenprogramm vorgeschlagenen Maßnahmen des Bodenaustauschs und der Grundwasserreinigung würden offensichtlich nicht genügend umgesetzt. – Der Antrag der GRÜNEN, zu dem um Zustimmung gebeten werde, sei geeignet, das Problem zu verringern bzw. möglichst bald aus der Welt zu schaffen.

**Abg. Dr. Martin Huber (CSU)** bestätigt die Problematik des Themas, das nicht nur im Landkreis Altötting und an den Bundeswehrstandorten zutage trete. Allerdings habe sich die Staatsregierung im Oktober dieses Jahres bei der Bundesverteidigungsministerin für eine beschleunigte Abwicklung der PFC-Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen auf Bundeswehrstandorten eingesetzt, wozu eine Antwort noch ausstehe. Die Regierungen seien aufgefordert worden, bei den Kreisverwaltungsbehörden als den zuständigen Bodenschutzbehörden die Möglichkeit des Erlasses von

Anordnungen und von Sanierungen nach dem Bodenschutzgesetz gegenüber dem Bund abzufragen. Unterstützend tätig seien die Wasserwirtschaftsämter, Gesundheitsämter und Landwirtschafts- und Forstbehörden. In komplexen PFC-Fällen berate das Landesamt für Umwelt die Behörden und stehe mittels einer Hotline als Ansprechpartner zur Verfügung. Daher sei bereits eine Anlaufstelle vorhanden, die mit ihrem Personal unterstützend tätig sei.

Die Sanierung von PFC-Belastungen erfolge nach den Vorgaben des Bodenschutzes. Hierbei seien, wie bei anderen Altlasten und schädlichen Bodenveränderungen, die individuellen Gegebenheiten des Einzelfalls zu berücksichtigen, sodass die Erstellung eines generellen Sanierungsfahrplans nicht zweckmäßig sei. Bundeseinheitliche Empfehlungen zur Erkundung und Sanierung von flächigen und punktuellen PFC-Schäden würden derzeit in einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe erstellt, in welcher das Landesamt für Umwelt vertreten sei. Er, Abg. Dr. Martin Huber, teile die Einschätzung, es solle schneller vorangekommen werden. Allerdings sollte der verbindlichen Regelung, die von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zu erarbeiten sei, nicht vorgegriffen werden.

Eine feststehende Infrastruktur von Zwischenlagern, die bei der Sanierung von Altlasten zur zeitweiligen Lagerung von belastetem Material genutzt werden könnten, sei nicht erforderlich. Über die Notwendigkeit, wie in einzelnen Altlastenfällen die Sanierung zu erfolgen habe und ob bei einzelnen Sanierungsmaßnahmen Bodenmaterial ausgehoben und gegebenenfalls zwischengelagert werden müsse, sei an den konkreten Umständen des Einzelfalls und den Erfordernissen vor Ort zu entscheiden. Möglicherweise könnten auch Lagerflächen in der Nähe der zu sanierenden Flächen eingerichtet werden, vor allem im Hinblick auf die Sanierung von in unterschiedlichem Maße mit PFC belasteten Militär- und Industriestandorten.

Im Hinblick auf die Laborkapazität würden in Bayern vom Landesamt für Umwelt verschiedene Monitoring-Programme durchgeführt. Für die Oberflächengewässer seien ca. 40 Messstellen vorhanden und für das Grundwasser jährlich ca. 100 Messstellen. Ca. 90 Messstellen jährlich gebe es für die Monitoring-Offensive Schadstoffe. Vorgesehen seien insgesamt 540 Messstellen bis zum Jahr 2024 mit dem Ziel einer flächendeckenden Überwachung von über zwei Drittel der bayerischen Flusswasser-



körper, um einen Überblick über Schadstoffkonzentrationen und -Einträge in die Flüsse zu erhalten. Außerdem würden Probenentnahmen durch die Wasserwirtschaftsämter durchgeführt. Die Analytik erfolge entweder durch das Landesamt für Umwelt, das über Laborkapazitäten verfüge, welche risikoorientiert Lebensmittel untersuchten, oder mittels privater Labore. Derzeit erfolge die Untersuchung von ca. 400 bis 600 Proben jährlich auf PFOA und PFOS. Die von Schadensfällen betroffenen Kreisverwaltungsbehörden seien bereits jetzt dazu aufgefordert, Lebensmittel zur Untersuchung auf PFOA und PFOS durch das Landesamt für Gesundheit vorzulegen. – Deshalb sei der Antrag als positiv erledigt zu betrachten.

**Abg. Florian von Brunn (SPD)** entgegnet, eine positive Erledigung sei nicht der Fall, weshalb der Antrag von seiner Fraktion unterstützt werde. – Auch von der SPD seien in den vergangenen Jahren ähnliche Anträge gestellt worden. Festzuhalten sei, dass die Staatsregierung und die Behörden bisher kaum tätig geworden seien, weil nur Dienst nach Vorschrift gemacht worden sei. Bei den betroffenen Bundeswehr- bzw. amerikanischen Militär-Standorten sei keine Sanierung abgeschlossen worden, außerdem fehlten Teiluntersuchungen für viele Bereiche. Allenfalls beim ehemaligen Industriegebiet in Ingolstadt sei eine erfolgreiche PFC-Sanierung zu verzeichnen.

***Beschluss:***

*Ablehnung*

*(mit den Stimmen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen die Stimmen der GRÜNEN, der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der AfD)*